

Sitzungsvorlage

SV-7-1371

Abteilung / Aktenzeichen

40 Schule und Bildung/

Datum

18.05.2009

Status

öffentlich

Beratungsfolge

Sitzungstermin

Ausschuss für Schule, Kultur, Sport und Gesundheit

04.06.2009

Betreff **Antrag der SPD-Fraktion zu Kompetenzanalyse-Verfahren an Schulen im Kreis Coesfeld**

Beschlussvorschlag der SPD-Kreistagsfraktion:

Der Ausschuss für Schule, Kultur Sport und Gesundheit möge beschließen:

Die Verwaltung des Kreises Coesfeld wird beauftragt, sicherzustellen, dass ab dem Schuljahr 2009/10 alle betroffenen Schüler der Schulen des Kreises Coesfeld jährlich an einem geeigneten Verfahren zur Erstellung einer Kompetenzanalyse teilnehmen können. Die benötigten Finanzmittel sind, soweit sie nicht von der Agentur für Arbeit, dem Bund oder der EU oder von Sponsoren wie die Volks- und Raiffeisenbanken übernommen werden, in den Haushalt 2010 einzustellen.

Antrag am 14.05.2009 vorgelegt gemäß § 2 der Geschäftsordnung des Kreistages des Kreises Coesfeld und seiner Ausschüsse vom 13.10.2004.

Begründung:

I. Problem

Mit Schreiben vom 14.05.2009 stellt die SPD-Kreistagsfraktion den im Beschlussvorschlag benannten Antrag. Er ist der Sitzungsvorlage als Anlage beigefügt.

II. Stellungnahme der Verwaltung

Im Schuljahr 2008/09 wurde das Berufswahlorientierungsprojekt „Berufsnavigator“ an 20 Schulen des Kreises in den Klassen 9 und 12 durchgeführt. Insgesamt nahmen 1576 Schüler am Verfahren teil. Damit konnte eine Abdeckung von ca. 53 % aller in Frage kommenden Schüler erreicht werden. In der SEK I lag diese Quote bei 42,5 % in der SEK II bei 76 %. Die Finanzierung dieses Projektes umfasste insgesamt etwa 90.000 €. Davon wurden 60.000 € zu gleichen Anteilen vom Kreis und der Arbeitsagentur getragen. Die Restfinanzierung wurde zum größeren Teil von den Volksbanken im Kreis und zu einem geringeren Teil i.H.v. etwa 10.000 € durch Schulfördervereine übernommen.

Im Haushalt 2009 sind in der Produktgruppe 40.03 Serviceleistungen 90.000 € als Ausgabe für das Projekt Berufsnavigator angesetzt (Zeile 15 und Erläuterung hierzu auf Seite 116). Dabei wird von einer Einnahme in Form der bisherigen 50%tigen Förderung durch die Arbeitsagentur i.h.v. 45.000 € ausgegangen (siehe Zeile 2 „Zuwendungen ...). In der Ausgabeermächtigung nicht enthalten sind Drittmittel, wie sie im laufenden Schuljahr durch die Volksbanken und Eigenanteile gestellt wurden. Von den Volksbanken gibt es Signale, sich weiterhin für dieses Projekt zu engagieren. Sowohl die Förderung der Arbeitsagentur betreffend, wie auch mit Blick auf diese möglichen Spenden und deren tatsächliches Volumen müssen noch Gespräche geführt werden. Auch hinsichtlich einer möglichst nochmaligen organisatorischen Unterstützung durch die Rotary-Clubs steht die Erörterung noch an. Die Erfahrungen aus dem bisherigen Berufswahlorientierungsprojekt „Berufsnavigator“ haben gezeigt, dass nicht jede Schule und auch nicht jeder Schüler zur Teilnahme bereit ist. Zur Zeit ist auch unklar, inwieweit das Land und die Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen der Initiative „Zukunft fördern“ Kompetenzfeststellungsverfahren an Schulen im Kreisgebiet unmittelbar fördern wird.

Konkrete Erkenntnisse zu diesen offenen Fragen werden erst in den nächsten Wochen erwartet.

Um dem SPD-Antrag auf die Absicherung einer flächendeckenden Versorgung mit Berufswahlorientierung im Schuljahr 2009/10 gerecht zu werden, reicht der Ausgabeansatz von 90.000 € ggf. nicht aus. Auch müsste ggf. Vorsorge dafür getroffen werden, dass weder Fördermittel der Arbeitsagentur noch Spendenmittel bereit stehen. Daher müssten Mittel aus dem Haushalt 2010 bereits frühzeitig, d.h. vor dem geplanten Beschluss zum Gesamthaushalt im April 2010 zur Verfügung gestellt werden. Hierfür wäre ein selbstbindender Beschluss des Kreistages für den Haushalt 2010 bereits im Kalenderjahr 2009 erforderlich.

Ein solcher Beschluss könnte einhergehen mit dem Ausführungsbeschluss zum Projekt „Berufswahlorientierung“ im Schuljahr 2009/10. Damit verbunden könnten zudem die zwei weiteren zentralen Fragen aufgearbeitet und erörtert werden, welche die SPD-Kreistagsfraktion mit ihrem Antrag aufwirft:

- Die Absicherung einer kontinuierlichen Finanzierung/Förderung der Berufswahlorientierung an Schulen im Kreis Coesfeld.
- Die Frage nach besseren oder und/oder kostengünstigeren Verfahren der Berufswahlorientierung.

III. Alternativen (Beschlussvorschlag der Verwaltung)

1. Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung schlägt vor, den Antrag mit dem Ausführungsbeschluss zum Projekt Berufswahlorientierung für das Schuljahr 2009/10 zu behandeln

IV. Auswirkungen/Zusammenhänge (Finanzen, Personal, IT, sonstige Ressourcen) siehe III.

V. Zuständigkeit für Entscheidung

Gemäß Beschluss des Kreistages vom 26.10.2005 ist der Ausschuss für Schule, Kultur, Sport und Gesundheit für die Vorberatung zuständig.